

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin ober bei direkter Postsendung ohne Postgebühren monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Postband 3,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetrag.

Inserate kosten die achtspaltige Nonpareilzeile über dem Raum 120 M., darunter 10 Pf. für den ersten Tag, jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Veranlassungsinseraten fällt der Zuschlag fort. Inzerate für den „Morgen“ folgen demselben Tarif bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition angesetzt. Inzeraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Kunft des ersten Gefangenen-Transports.

Böln, 1. September.
Die ersten deutschen Kriegsgefangenen sind heute früh in Böln von etwa 1000 Mann in 25 Zügen eingetroffen.

Kranke Gefangene in Rotterdam.

H. N. Haag, 1. September.
Aus Rotterdam wird gemeldet: Der Dampfer „St. Denis“ traf aus Dover im hiesigen Hafen mit 808 deutschen Kriegsgefangenen, darunter auch Krüppeln und etwa 20 Schwerverwundeten und Geblindeten ein. Die Gefangenen werden im Lazarettzug nach heute nach Deutschland weiterreisen.

Der Wiederaufbau.

Paris, 1. September.
„Excelsior“ meldet, daß die mit dem Wiederaufbau der besetzten Gebiete beschäftigten Kriegsgefangenen nicht vor dem 1. September abreisen werden. Außer Verhandlungen mit Oesterreich prüfte die Regierung die Schaffung von Anwerbestellen für spanische, portugiesische und italienische Arbeitskräfte. Die fremden Arbeitskräfte sollen die französischen nur vervollständigen. Es wurde, um ihren Wettbewerb zu vermeiden, beschlossen, daß die französischen Arbeiter besserer Bezahlung streng auf sie anzuwenden sind. Für die österreichischen und deutschen Arbeiter soll man ein Kompensationsystem, vermöge dessen der Wundschmerz der geschädigten rechtmäßigen Wiedergutmachung genügt wird.

Neue Beschlagnahmungen gegen die deutsche Kriegsführung.

H. N. Haag, 1. September.
Aus London wird gemeldet: Rumänische Kruppen haben während ihres Aufmarsches in Transilvanien Schriftstücke gefunden, die beweisen, daß Deutschland während der Besetzung des Landes 2 Millionen Tonnen Nahrungsmittel und Futtermittel, 1 1/2 Millionen Tonnen Petroleum und Mineralöl und 423 000 Tonnen Rohmaterial verschleppt habe. Diese Zahlen betreffen sich noch nicht einmal auf die Vorräte, die von den Soldaten beschlagnahmt und verschleppt wurden.

Die Lage in Ludwigshafen.

Mannheim, 1. September.
M. T. W. meldet: Die Arbeit wurde heute vormittag fast in allen Betrieben Ludwigshafens wieder aufgenommen. Von den 17 verhafteten Post- und Bahnbeamten sind alle bis auf einen aus der Haft entlassen worden. Die Arbeiterschaft fordert die Entlassung des letzten Verhafteten, andernfalls sie ebenfalls in den Streik eintritt würde.

Der Friedensvertrag für Oesterreich.

Paris, 1. September (Gavad.)
Der vom Obersten Rat angenommene Text des Friedensvertrages mit Oesterreich enthält in territorialer Hinsicht keine wesentlichen Änderungen. Das Bestehen Oesterreichs stellt den Grundbau der Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Konfliktes, sowie auf die Rolle, die dabei die Verbündeten spielten. Dies sei der einzige Grund, warum die Verbündeten mit Oesterreich nicht den gleichen Vertrag schließen können wie mit den anderen, aus der Doppelmonarchie entstandenen Staaten. Dagegen seien sich die Alliierten der Tatsache bewusst, daß die Oesterreicher angesichts seiner territorialen Ausdehnung und geringen Bevölkerung, die kaum 6 Millionen erreichte, in ökonomischer und finanzieller Hinsicht keinen Wert hätten.

Eine Division Denikins geschlagen.

Amsterdam, 1. September.
Die englischen Blätter melden, daß einem bolschewistischen Kommando zufolge die Bolschewisten dreißig Meilen südwestlich von Krasnojarsk eine der Divisionen Denikins geschlagen und zweitausend Gefangene gemacht haben, darunter

den Divisionstab. Auch in der Gegend von Jarzyn und Korkun haben die Bolschewisten Erfolge errungen. Die Truppen Denikins zogen sich in Unordnung in Richtung Jzmenka zurückziehen.

Einer Wireless Preß-Nachricht zufolge berichten die Bolschewisten, daß alle britischen, kanadischen und japanischen Truppen bei Ladivostok verflochten haben.

Die englischen Blätter vom 30. August melden, daß Lenin in einer Rede in Moskau mit Bezug auf die Ereignisse in Ungarn erklärte, die einzige wirksame Waffe gegen die Feinde des Bolschewismus sei der rote Terror, ohne den der Sieg Kollschaks und Denikins sicher sei.

Interessante Geschichten.

Der „Temps“, der so häufig als Sprachrohr des französischen Auswärtigen Amtes dient und meist über sehr gute Informationen verfügt, beschäftigt sich in einem Leitartikel mit den gegenrevolutionären Strömungen in den besetzten Ländern und macht dabei über das Treiben der deutschen Reaktion einige Angaben, die nicht unbeachtet bleiben können. Er bekräftigt die Vermutungen Roskes, von der Entente die Hinausschiebung des Termins für die Verminderung der Reichswehr zu erlangen. Die hohen Militärs, meint das Blatt, verfolgen dabei die Absicht, sich der Reichswehr zu bedienen, um das gegenwärtige Regierungssystem zu ändern. Dafür sei nicht nur das Verhalten des Generals v. d. Solt ein Beispiel. Die deutschen Generale, und gerade die fähigsten unter ihnen, drängen bei den alliierten Missionen in Berlin darauf, daß diese die deutsche Regierung verpflichten, mit größter Schärfe gegen die Parteien der äußersten Linken vorzugehen. Einer dieser Generale versucht selbst durch seine Freunde, den Missionen ein Projekt nahezu legen, demzufolge die Alliierten die deutsche Armee verpflichten sollten, den russischen Bolschewismus zu vernichten. Er selbst bereite sich vor, mit 6 Divisionen rasch auf Moskau zu marschieren.

Den Militärs und den reaktionären Parteien erscheinen nicht einmal die Bauer und Roske zuverlässig und energisch genug. Es müßte ein wirklich starkes Direktorium von zwei oder drei Personen gebildet werden, welche vor keiner Verantwortung zurückweichen.

Der „Temps“ deutet an, daß die deutschen Reaktionäre dabei auf die Unterstützung englischer Imperialistenkreise zu rechnen scheinen, denen das Vordringen des Bolschewismus nach Vorderasien und Persien uneben sein würde.

Soweit die Angaben des „Temps“. Es ist sicher interessant, zu sehen, in welcher Weise deutsche Reaktionäre mit den „Erbschleichen“ konspirieren, um ihre gegenrevolutionären Pläne ausführen zu können. Wir sind von diesen Mitteilungen nicht besonders überrascht, aber sie fügen immerhin einen charakteristischen Zug zu dem so sympathischen Bild der deutschen Gegenrevolutionäre.

Bewaffnung der Kriegervereine.

Der Landrat des Kreises Rebus veröffentlichte vor einigen Tagen im amtlichen Kreisblatt die folgende Bekanntmachung:

Nach dem Erlass des Kriegsministeriums vom 24. Juli 1919 Nr. 416. 7. 19 A 2. 111 haben entsprechend der Verfügung des Generalkommandos des III. A. K. in Berlin W. 10, vom 6. August 1919 Nr. 11 d. Nr. 806 44 deutsche Infanteriegewehre älteren Modells, die sich in den Händen von Krieger- und Militärvereinen befinden, gegen Infanteriegewehre 98 mit entsprechender Munition umgetauscht werden. Anträge auf Umtausch sind von den Vereinen unmittelbar dem Generalkommando III. A. K. einzureichen, das Ort und Zeit des Umtausches bestimmen wird.

Der Landrat.
J. B. Hecker, Regierungs-Referendar.

Diese Verfügung steht in offenem Widerspruch zu Artikel 177 der Friedensbedingungen, nach dem es verboten ist, daß sich Kriegervereine usw. mit militärischen Dingen befassen und ihre Mitglieder irgendwie im Waffengebrauch ausbilden oder mit militärischen Stellen in Verbindung treten. Trotzdem werden die in allen Dörfern des Kreises bestehenden Kriegervereine mit reaktionären Tendenzen mit Waffen versehen. Auch ein Beitrag zur Tatsache, wie die Regierung die Gegenrevolution fördert.

Roske, der Organisator.

Die politische Urteilsfähigkeit unter den Anhängern der Republik befallt nachgerade ein Grauen. Sie sehen die systematische Arbeit der reaktionären und monarchistischen Kreise, ihre Machtmittel zu mehren; sie können es sich nicht mehr verhehlen, daß die bewaffnete Macht immer mehr unter das Kommando der Vertreter des alten Systems geraten ist. Unsere Warnungen können nicht mehr als Geherei abgetan, unsere Beweise nicht mehr abgelehnt werden, die Tatsachen sprechen eine zu laute und mißverständliche Sprache: Im Osten sammeln die Monarchisten ihre Armeen und suchen sie im Kampf gegen den „Bolschewismus“ zu einem ergebenen und zuverlässigen Werkzeug in der Hand ihrer Führer zu machen; sie suchen im Kampf gegen die Bevölkerung des Landes alle schlechten Instinkte, Mordlust und Deutegier anzustacheln, um so aus den Verheerungen und Demoralisierungen die zuverlässige Weiße Garde zu schaffen, die für die politischen Zwecke der Führer sich gebrauchen läßt.

Gleichzeitig streben die Monarchisten, die Reichswehr fest in ihre Hand zu bekommen; sie verfolgen und mahregeln alle republikanischer Gesinnung Verdächtigen und arbeiten mit von Tag zu Tag verstärkter Energie an der Verwandlung der Reichswehr in eine von Monarchisten geführte, von reaktionärer Gesinnung erfüllte, für ihre Zwecke geeignete Truppe.

Wir haben diese Entwicklung vorausgesagt von dem Tag an, da Herr Roske sein Regime angetreten hat. Man hat uns nicht geglaubt. Und jetzt? Was macht Herr Roske jetzt?

Man hat Roske bewundert, hat seine Energie gepriesen, ihn als Retter der Ordnung gefeiert. Jetzt finden in der Ordnung, die er geschaffen, selbst Leute einiges auszusehen, die über jeden Verdacht, „bolschewistisch“, ja auch nur sozialistischer Gesinnung erhaben sind; selbst das „Berliner Tageblatt“, das seit der Revolution die Regierungsmahnmahnen gegen den inneren Feind fast stets verteidigt hat, warnt jetzt vor den gegenrevolutionären Vorbereitungen.

Die rechtssozialistischen Minister allein wollen von all dem nichts wahr haben. Sie betreiben munter ihre Hege gegen die radikale Arbeiterklasse fort, obwohl sie wissen müssen, daß sie damit nur das Werk der Gegenrevolution fördern. Und ihr Roske, der gepriesene Organisator, babbelt, reißt, redet, während die Offiziere handeln! Während die Gegenrevolution ihre Kadern, die ihnen die Regierung geschaffen hat, unaufhörlich verstärkt, bleibt Roske ihre unentwegte Stütze. Will der Mann mit der „eisernen Energie“ nichts gegen die monarchistische Gegenrevolution tun oder traut er sich nichts dagegen zu tun? Erweist sich das Eisen sofort als Pappe, sobald es sich nicht mehr gegen sozialistische Arbeiter, sondern gegen monarchistische Offiziere lehnen soll?

Der Rechtssozialist Leusch in der „Welt am Montag“ scheint der Ansicht zu sein, daß diese Regierung überhaupt nichts mehr zur Bekämpfung der Gegenrevolution tun kann:

„Jetzt aber ist es zu spät. Die Regierung hat kein Machtmittel, um sich nun noch Gehorsam zu erzwingen. Sie hat jetzt auch ihren Kollschak: Graf v. d. Solt beschließt eine deutsche Armee, mit der er sich selbständig gemacht“ hat. Diese Armee wird vielleicht zunächst in Rußland bei dem Sturz der Bolschewisten und den zu erwartenden Judenmordaktionen mitwirken. Von der so zu gewinnenden Basis aus denkt man dann in Deutschland mit der Revolution aufzuräumen. Was am Tage der Friedensunterzeichnung dank von Ordnung Eingreifen mißlang, das verfolgt man nun auf Umwegen.

Die Regierung ist gewarnt worden, — vergeblich! Der „Vorwärts“ weiß doch, was der Vorwurf bedeutet, den er erhebt? In jedem anderen parlamentarisch regierten Lande würde solch ein Vorwurf — der ärztlichen Lässigkeit und Unfähigkeit — den Sturz der Regierung bedeuten. Bei uns? Die schmeunertorgroßen Kulte machen sich weiter lächerlich, schwächen hier und bedecken da, und derweil regieren Soldaten auch daheim, drohen den Organen der Unabhängigen die Unterdrückung an, pfeifen auf Verfassung und Freiheit; — kurz, der Landstreck, der im Vakuum gegen die Regierung meutert, macht hier im Lande im Namen derselben Regierung den Landesbertra.

Im Laufe der letzten Woche hat der „Vorwärts“ noch einige Zuschriften aus der Reichswehr und Militärverbänden gebracht: über den Mittelmarschall Schimmelpfennig vom Reichswehrregiment 18, der zu einem Soldaten sagte: „Was will diese Regierung? Wenn sie was will, dann schießt sie“; der Koske und Wert vor der Truppe lächerlich macht. Der Berichterstatter warnt: „Noch ist Zeit (zum Einschreiten) und nicht alles verloren. In einigen Monaten ist es zu spät!“ (Wie jetzt im Volkstum!)

Weiter! Am Sonnabend im „Vorwärts“ eine Auflage des Offiziersstellvertreters Georg Neuenhof vom Reichswehrregiment Nr. 29 gegen Oberst Reinhard: dieser nenne die Regierung öffentlich „Gefährlich“; entferne Leute und Vorgesetzte, die nicht mit in die monarchistische Trompete blasen wollen. Der „Vorwärts“ verlangt, daß wegen dieser Flucht in die Öffentlichkeit nicht irgendwelche Maßnahmen stattfinden. Räumlich nicht etwa des Obersten Reinhard, sondern des Offiziersstellvertreters Neuenhof! So gefährlich ist es heute in der Republik, für diese öffentlich sich einzusetzen! Man darf gespannt darauf sein, was nun passieren wird und womit!

Die neue Warnung steht im „Vorwärts“. Aber in demselben „Vorwärts“ schreibt Erwin Barth zur gleichen Zeit für eine „Diktatur der Mitte“. Eine Diktatur — so sieht er sein Bündlein in Kredit zu bringen — kommt; entweder von rechts oder von links; um sie beide zu vermeiden, muß man eine Diktatur der Mitte einführen, mit „scharfgeschliffenen Bajonetten“.

Das ist ja ein reizendes Plänchen! Um sie dem Bericht der Wafz zu entscheiden, will Erwin Barth den Nachhabern die Rolle der Gesellschaftsdirektoren andienen, und die scharfgeschliffenen Bajonetten dazu. Wie erschütternd ist dieser Wahnsinn der Schwächlichen, Versinkenden! Anstatt die Unfähigen, Entgleisten in den Ruhezustand zu setzen, mit neuen Führern neue Wege zu suchen, dem starken Herzen des Volkes zu vertrauen, das bereit ist, ja begierig ist, die Republik zu verteidigen, ruft Erwin Barth nach den scharfgeschliffenen Bajonetten, deren Ergengen in Aurland gegen Revolution, Republik, Regierung meutern, in Deutschland Soldaten zu häßlichem Tun drängen!

Anstatt gegen die „Verschwörung“ der Offiziere, gegen den monarchistischen Drüll der Leute und der Wahregung der republikanischen gesinnigen Führer aufzutreten, wie sonst doch zu gleicher Zeit der „Vorwärts“ tut, glaubt Erwin Barth einen versuchten gescheiterten Einfall zu haben, indem er die scharfgeschliffenen Bajonetten zur Diktatur aufruft, wenn nur die „Männer der Mitte“ mit dabei bleiben dürfen! Dieser Gedanke ist gewiß nicht das, wofür ihn sein Vater hält, ist nicht verflucht geschelt, sondern herzlich dumm und dazu noch dreist. Eine Ausgeburt der Verlogenheit von Menschen, deren Weltanschauung und Charakterlosigkeit sich am ungeheuren Abstand zwischen ihren weltgeschichtlichen Aufgaben und ihrer träumerischen Pfuscherei offenbart hat!

Serr Leuch hat gewiß in seiner Kritik recht. Aber was nützt das? Es ist wirklich zu spät! Die Rechtssozialisten, durch die Politik, die sie getrieben haben, korumpiert und zerlegt, können nicht mehr zurück. Leute wie Leuch sind Prediger in der Wüste, ihre Opposition findet keine Resonanz. Koske, Wachs in den Händen der Offiziere, bleibt der wirkliche Diktator seiner Partei. Die ist kampfunfähig geworden und nur noch darauf bedacht, die Macht zu behaupten, so lang es geht. Es geht, solange die Bourgeoisie diese Partei als Ordnungshüterin, Hüterin ihrer Ordnung, gebrauchen will; aber das gerade duldet keinen wirklichen Kampf gegen die unentbehrlichen Stützen, der Bourgeoisie, die reaktionären Offiziere, die heute bereits dank Koske eine viel zu große Macht darstellen, als daß die Bourgeoisie sich auf einen Konflikt mit dieser einlassen wollte.

Und deshalb wird es zunächst noch so bleiben: Die monarchistischen Offiziere diktieren... Herr Koske gebietet; Herr Koske diktiert und die Rechtssozialisten gehorchen.

„System Lund.“

Von Luise Zick.

Unter dieser Überschrift hat nun auch der Abgeordnete Davidsohn zu den Tag für Tag wiederkehrenden „tiefgründigen“ Abhandlungen des „Vorwärts“ über den Beschluß der Arbeiterräte, die parlamentarische Tätigkeit der U. S. P. betreffend, seinen Senf gegeben.

Es ist mir bisher völlig unbekannt geblieben, daß Davidsohn von der Nationalversammlung eingesetzt worden ist, um zu kontrollieren, ob die politischen Parteien die ihr zustehende Anzahl Vertreter in die Kommission auch wirklich entsenden.

Bisher war es Sache der Vorstehenden der Kommission, die Einladungen zu den Sitzungen an die, von ihren Fraktionen gewählten Mitglieder ergehen zu lassen und in den Sitzungen wurde durch Führung der Präsenzliste deren Anwesenheit festgestellt. Inquisitoren, die das vorher feststellten, wer erscheinen werde, gab es nicht und die wollen wir, denke ich, auch nicht einführen. Aber besondere Freude hat es mir gemacht, wie unendlich geschäftig der „Vorwärts“ war, aus der Resolution Lund Waffen gegen uns zu schmieden. In Leiharbeiten und Notizen wurde wieder und wieder jubelnd hervorgehoben, die Arbeiterräte hätten beschlossen: die U. S. P. solle aus den Parlamenten austreten.

Und selbst als Koske Lund durch die Interpretation seiner Resolution dieser Auslegung den Boden entzogen hatte, fuhr der „Vorwärts“ fort, Freudenpurzelbäume zu schießen und sich heuchlerisch den Anschein zu geben, als ob etwas ganz Neues und Unerhörtes vom Genossen Lund verlangt sei.

Ich kann dem „Vorwärts“ verraten, daß die Fraktion der U. S. P. in der Nationalversammlung schon seit langem, oder richtiger, von vornherein, diesen Standpunkt Lund vertritt und danach gehandelt hat. Sämtliche Mitglieder unserer Fraktion haben in allen Teilen Deutschlands zahlreiche Versammlungen und Konferenzen während der Tagung des Parlaments abgehalten. Tagelang und selbst wochenlang sind die einzelnen Abgeordneten abwechselnd im Rheinland, in Bayern, in Sachsen und anderswo, insbesondere aber in Thüringen, agitatorisch tätig gewesen. Öftmals waren nur die, für die zur Verhandlung stehenden Materien bestimmten Redner zurückgeblieben.

Je höher drängen die Wogen des politischen Kampfes gingen, desto mehr fühlten wir alle die Verpflichtung in uns, draußen in diesem Kampfe unseren Genossen und Ge-

nossen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Und je mehr diese Kämpfe anwachsen — und sie müssen ja anwachsen unter der unerhörten Gewalttätigkeit der gegenwärtigen Regierung, die von Provokation zu Provokation schreitet gegen die revolutionäre Arbeiterkraft, unterstützt von den Rechtssozialisten —, desto mehr ist es Pflicht der Abgeordneten der U. S. P. wie der Gesamtpartei, die Aufklärung und Aufrüstung der Massen, ihre Organisierung unter dem revolutionären Banner der U. S. P. mit Hochdruck zu betreiben.

Diese Pflicht ist um so zwingender als die Rechtssozialisten, sich offen auf die Seite der Reaktion gestellt haben, durch die Proklamation: Der Kampf geht gegen links!

Sandelten sie auch faktisch seit langem nach diesem Grundlag, so ist das offene Bekenntnis doch von größter Wichtigkeit für die völlige Klärung der Situation. Es wird uns unzahlbare Dienste leisten bei unserem Bemühen, den Arbeitern, die uns bisher noch fern stehen, die Augen zu öffnen und aufzuzeigen, wohin der Weg der Rechtssozialisten geht.

Besonders verdienstvoll ist es vom Minister David, daß er diese Parole ausgegeben hat. Er, der am Tage nach der Revolution die Monarchie wieder errichten wollte, bleibt sich damit also völlig konsequent. Bekanntlich erklärte er damals, der ehemalige Kaiser und der ehemalige Kronprinz könnten nach seiner Meinung zwar nicht König von Preußen und deutscher Kaiser werden, wohl aber das Enkelkind Wilhelms II.

Und vor wenig Tagen erklärte Erzberger in der Nationalversammlung: Die gemäßigten Sozialdemokraten, besonders der Reichspräsident Ebert, hätten in den ersten Novembertagen des Jahres 1918 sich alle nur erdenkliche Mühe gegeben, den Ausbruch der Revolution zu verhindern und Herr Winnig hat es erst längst nachdrücklich betont.

Uns war das durchaus nicht unbekannt, aber die Bestätigung dieser Tatsachen aus diesem Munde beleuchtet sichtlich die Situation und macht das arbeitserfeindliche Verhalten dieses „Sozialisten“ auch dem Naivsten und Gutmütigsten verständlich. Sie fühlten sich damals bereits als Vertreter des Kapitalismus und sogar der Monarchie.

Und insofern hat David zum Teil oder richtiger zunächst recht, wenn er und diejenigen, die ihm im Ausschuss ausstimmten, meinen: Der rücksichtslose Kampf gegen links werde den offenen Ausbruch der Konterrevolution von der äußersten Rechten hintangehalten. Sicherlich brauchen die Größte, die Jugenberg und Genossen sich zunächst nicht in Unkosten zu stürzen, wenn die Niederdrückung und planvolle Unterdrückung der revolutionären Arbeiterkraft durch Koske, Ebert und David gründlich genug besorgt wird.

Lächelnd sehen sie zu, wie diese „Sozialisten“ täglich mehr den Befähigungsnachweis als Konterrevolutionäre erbringen, um dann eines schönen Tages, wenn die Vorbereitungen für die Niederdrückung der Republik hinlänglich erledigt sind, sie selbst zum Teufel zu jagen und ihr eigenes Regiment zu errichten.

Durch diese Politik erwarpt die äußerste Rechte sich zunächst das Obium der offenen Konterrevolution und die Gefahren, die doch immerhin damit verbunden sind, und sie kann den letzten entscheidenden Schlag gegen die Regierung führen, nachdem diese durch ihre konterrevolutionäre Politik den letzten Anhang in den Arbeitermassen verloren hat und damit buchstäblich machtlos geworden ist. Denn die Macht, die sie durch die Militärs ausübt, besitzt sie nur so lange als deren Führer es in den eigenen Krampft.

Heute schon rebellieren diese, wenn es ihnen paßt im In- und Auslande. Siehe Potsdam und Baltikum. Sie werden völlig die Maske abwerfen, wenn ihre Stunde gekommen ist.

Dann würden die „Schlimmen“ Sozialisten, die durch ihren Kampf gegen links selbst zu Konterrevolutionären wurden und damit den Konterrevolutionären von rechts die Bahn frei machten, die betrogenen Betrüger sein. Sie selbst trübe dann das verdiente Schicksal.

Das furchtbare Tragische ist nur, daß dieser ganze Kampf auf dem Rücken des Proletariats ausgefochten würde, daß es unglückliche Opfer zu bringen hätte und in seinem Befreiungskampf wiederum zurückgeworfen würde.

Unsere heiligste Aufgabe ist es deshalb, der Arbeiterkraft die Augen über diese Gefahr der Konterrevolution von rechts und aus der Mitte zu öffnen; sie zu rüsten für all die furchtbaren Kämpfe, die, dank der Verblendung der Rechtssozialisten, härter und härter werden.

Zu diesem Aufklärungswerk sollen uns die Parakommissionen und erst recht die Volksversammlungen dienen. Beide Möglichkeiten werden wir gebührend ausnützen. Erfordert es die Situation, so werden wir sicherlich nach dem „System Lund“, das immer das System der revolutionären Sozialdemokratie, das System der U. S. P. war, handeln.

Die Ziele der Alldentschen.

Der Alldentische Verband hielt am Sonntag eine Vorstandssitzung und am Montag eine Gesamtsitzung ab. Die „Deutsche Zeitung“ rühmt, daß „eine hübsche Kluger Geschicht“ beieinander gewesen sei, und daß der Alldentische Verbandstag „das Parlament der bewußt deutschen Intelligenz“ sei. Von dieser Sorte Intelligenz hat das deutsche Volk durch den Krieg einen sehr deutlichen Begriff bekommen. An dem Abend, in dem Deutschland sich jetzt befindet, sind in allererster Linie die Alldentischen schuld, und es ist geradezu eine Herausforderung des deutschen Volkes, wenn die Alldentischen auf ihrer gegenwärtigen Tagung Töne anschlagen, als ob sie die Retter Deutschlands wären, als ob von ihrer Seite Hilfe kommen könne. Geradezu Unausprechliches leisteten sich die Redner am Sonntag. Sie forderten unter dem stürmischen Beifall der Versammelten die Rückkehr zum Kaiserthum, die Abkündigung der uns gerandten Gebiete und die Befreiung der unrettungsfähigen Vorbesitzer des Judentums“. Ein Redner aus Wien nannte das Dabburger Haus „Habsburg“ und verlangte die Rückkehr eines Hohenzollern. Am Schluß dieser Sitzung wurde dann noch ein Hoch auf den Deutschen Kaiser ausgesprochen.

Wenn man nicht wüßte, mit welchen außerordentlichen Mitteln die Alldentischen arbeiten, so könnte man mit einem Räbeln über ihr Verhalten hinweggehen. Aber es hat sich schon während der Kriegszeit ergeben, daß sie sich mit Hilfe ihrer gebildeten Stürmänner einen weitreichenden Einfluß sichern konnten, und es ist zu befürchten, daß sie auch jetzt noch auf die kritischen

Schichten des Bürgertums Eindruck machen können. Deshalb ist nicht zu erwarten, daß die Regierung etwas gegen die von dieser Seite kommende Drohung mit einer staatlichen Umwälzung, mit der Wiederaufrichtung des Kaiserthums, unternehmen werden. Unsere Regierenden haben soviel mit der Bekämpfung der Arbeiterkraft zu tun, daß sie die Gefahr, die von rechts droht, nicht zu erkennen vermögen.

Die Wahrheit über Aurland.

Die Berliner amtlichen Stellen, die der Revolte der Soldateska in Aurland vollkommen untätig gegenüber stehen, wissen augenblicklich wohl nichts Besseres zu tun, als gegen uns zu polemisieren und den armen unschuldigen Grafen Golt vor unseren Anklagen in Schutz zu nehmen. Waffens Bureau verbreitet wieder folgende Verbalbumnote:

„Die Berliner „Freiheit“ hatte dieser Tage die Behauptung aufgestellt, daß Graf Golt die alleinige Schuld an der Meuterei in Mitau trage, sie sei erst nach seiner Ankunft ausgebrochen. Die Wahrheit ist, wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, daß Golt erst 24 Stunden nach den bedauerlichen Vorfällen in Mitau eingetroffen und hat seine ganze Energie auf ihre Unterdrückung gewandt. Wie gerade er über diese Vorfälle denkt, hat wohl kein irgendwelcher veröffentlichter Tagesbefehl zur Genüge bewiesen. Auch diese Behauptung der „Freiheit“ ist wieder nur ein Ausdruck des Hasses gegen Golt, gegen den sich die Verleumdungen der leitlichen Parteigenossen der „Freiheit“ immer besonders gerichtet haben.“

Gegenüber diesem Versuch, den Grafen Golt von der Schuld an den Mitauer Vorgängen reinzuwaschen, verweisen wir auf die zahlreichen in der Presse veröffentlichten Tatsachen, die die verhängnisvolle Rolle des Grafen Golt bei dem Ausbruch in Aurland klarstellen. Nachrichten, die aus Aurland aus Aurland zugegangen sind, beleuchten die Rolle des Grafen Golt noch deutlicher. Wie das Zentralorgan der Arbeiterpartei Lettlands „Sozialdemokrats“ aus authentischer Quelle mitteilt, ist der Plan des Militärpuffs in Mitau bereits im Juli von russischen und deutschen Reaktionen unter Beteiligung lettischer Barone ausgearbeitet und beschlossen worden. Als Ziel wurde aufgestellt, seinen Anschlag an Koltshof zu suchen und den Großgrundbesitzern ihre Privilegien zu erhalten. Der frühere Minister Reedra, der nach dem Sturz der lettlandischen Regierung im April d. J. als Strohmann der deutsch-baltischen Bourgeoisie fungierte, war in der jüngsten Verschwörung mit verantwortlich. Ueber den Grafen von der Golt teilt unser lettisches Parteiblatt mit, er sei nach Tilsit gefahren, um die Geldmittel zur Durchführung des Planes zu beschaffen. Er jetzt 28 000 Mann starke Abteilung des Grafen Keller beziehe ihren Sold vom Grafen Golt. Dieser habe auch nach dem Putsch verlangt, daß alle lettischen Truppen aus Mitau und der Umgebung abberufen würden.

Soweit unser lettisches Parteiblatt über die Vorbereitung des Mitauer Aufstandes und die Rolle des Grafen von der Golt. Die hier mitgeteilten Tatsachen bekräftigen durchaus die von uns erhobenen Anklagen und stützen die Richtigkeit der amtlichen Verbalbumnote. Der Grafen von der Golt wird unser lettisches Parteiblatt mit, er sei nach Tilsit gefahren, um die Geldmittel zur Durchführung des Planes zu beschaffen. Er jetzt 28 000 Mann starke Abteilung des Grafen Keller beziehe ihren Sold vom Grafen Golt. Dieser habe auch nach dem Putsch verlangt, daß alle lettischen Truppen aus Mitau und der Umgebung abberufen würden.

Die Militärevolte in Mitau hat in der gesamten Bevölkerung die Furcht wachgerufen, daß die rebellierenden deutschen Truppen wiederum die Offensive gegen Riga eröffnen könnten. Im lettlandischen Volk hat der soeben in Riga begangene, dem Eindruck der jüngsten Vorgänge die Auseinandersetzung über den Charakter des Wahlscheiters für die konstituierende Versammlung in den Hintergrund getreten. Der von unseren Genossen beantragte Aufruf, der sich gegen die deutsche und russische Reaktion wendet, ist im Volkstum fast einstimmig angenommen worden. Schon diese Tatsache weist darauf hin, daß fast die gesamte Bevölkerung den Offizier in der verbündeten deutsch-russischen Reaktion erblickt, die in der Tat die Existenz der lettlandischen Republik bedroht. Es liegen zahlreiche Nachrichten aus den Landkreisen vor, die den zügellosen Treiben der deutschen Soldateska schildern. Die zügellosen Treiben der deutschen Soldateska sind in den Gemeinden werden für Nichtablieferung von Lebensmitteln und Strafen bis zu 6000 R. belegt. In den Kreisen Doblen und Bauske sind fast alle lettischen Kommandanten abgesetzt worden. Die Einfuhr und Verbreitung der lettischen sozialdemokratischen Blätter „Sozialdemokrats“ und „Strashneku Aulse“ ist verboten. Jede Parteiaktivität ist von den deutschen militärischen Befehlshabern untersagt. Von der Vorbereitung der Wahlen für die lettlandische Nationalversammlung kann deshalb in Aurland keine Rede sein.

Des Weiteren wird in der Zuschrift darauf hingewiesen, daß unter dem Eindruck des von den deutschen Truppen ausgeübten Terrors, die Abneigung gegen den „Bolschewismus“, die noch vor wenigen Monaten ziemlich stark war, fast völlig verschwunden sei. Angesichts dieser für die Beurteilung der Stimmung in Aurland grundlegenden Tatsache, erscheint es direkt habheblich, wenn jetzt in der Presse Nachrichten verbreitet werden, die Bevölkerung Aurlands erblicke in den deutschen Truppen die einzigen militärischen Helfer vor der drohenden „bolschewistischen Gefahr“. Diesem Schwindel kann nicht energig genug entgegengetreten werden.

Freiheitsberaubung zweier Offiziere.

Am vorigen Dienstag berichteten wir, daß zwei Offiziere des Reichswehrregiments, Leutnant Müller und Leutnant Siegel, die am 6. Juni unter dem Verdacht „spartanischer Bestimmung“ verhaftet worden sind und seit dieser Zeit im Verhör im Gerichtsgefängnis in Jawalk in Unterdrückung verbleiben, am 10. August in den Hungerstreik getreten sind, um eine Bekräftigung des Verfahrens zu erreichen. Trotzdem ist dies vom Kriegsministerium zugesagt worden, daß sie daraufhin den Streik abbrechen, und sie bis dahin noch nicht verhaftet werden. Die Militärbehörde hat demnach seit unserer Veröffentlichung den Weg der „Freiheit“ widerrechtlich gesperrt und durch scharfe Unterdrückung jeden Protest gegen ihre Freiheitsberaubung unmöglich gemacht.

Da diese absichtliche Verschleppung des Verfahrens offenbar darauf zurückzuführen ist, daß keine kritischen Gründe für eine weitere Unterdrückung vorliegen und, sondern nur die Regierung auf, die sofortige Ausnahme des Verfahrens voranzutreiben.

Es ist alles nicht wahr.

Ein Dementi zu den Vorgängen in Oberschlesien.

Das Bureau bereitet folgendes Dementi:
In dem Verlaufe ihrer Vorgesandtschaft vom 20. August, geschrieben „Der Putsch“, gibt die „Freiheit“ eine Reihe angeblicher Greuelthaten auf, deren sich die in Oberschlesien lebenden deutschen Truppen gegenüber der ober-schlesischen Bevölkerung schuldig gemacht haben sollen. Die in diesen Berichten gemachten Angaben lassen das Verhalten der Grenzschutztruppen in denselben Licht erscheinen, in das die französisch-belgische Greuelthaten des Ausbruchs der deutschen Heere in Belgien und Frankreich gerückt hat, und tatsächlich wird an einer Stelle des Artikels ausdrücklich auf die angebliche Ähnlichkeit der Verhältnisse untereinander Bezug genommen. Die sofort angeleiteten amtlichen Nachforschungen, die durch das Fehlen anderer Daten erschwert worden sind, haben mit Sicherheit ergeben, daß sämtliche Behauptungen der „Freiheit“ entweder auf Verwechslung oder auf glatter Erfindung beruhen.

Im einzelnen ist zu bemerken, daß in Bielschowitz niemals Bergarbeiter aus den Häusern geschleppt und auf Autos zum Schacht gebracht wurden. Ein Auto hat in W. nur insofern eine Rolle gespielt, als es zur Veranschaulichung von Soldaten benutzt wurde, die die Straße wieder herrichten und arbeitswillige Bergleute schühen sollten.

Es ist ferner nicht wahr, daß in Vorsigewitz der Vertrauensmann der kommunistischen Partei Kroll so geschlagen worden ist, daß ihm ein Arm abbrochen wurde.

Unwahr ist, daß in Wislupitz die Arbeiter Gruppe und Mandjara so geschlagen worden seien, daß sie im Sterben liegen. Beide leben vielmehr noch heute, Mandjara ist sogar am Tage nach den Vorgängen zur Arbeit erschienen.

In den Vorgängen in Ellguth-Gutentag ist zu sagen, daß der Ort seit Wochen keine militärische Besetzung gehabt hat. Ein näheres Eingehen auf die über den Ort gemachten Behauptungen ist nicht möglich, da aus dem Bericht nicht ersichtlich ist, auf welche Zeit er sich beziehen soll.

Gegen Lipine mußte mit Artillerie vorgegangen werden, da die Aufständischen mehrere Maschinengewehre sachgemäß einsetzten und mit ihnen den Einmarsch der Truppen zu verhindern suchten. Die Bevölkerung hat den aufopferungsvollen Vorgehenden Truppen für die Wiederherstellung der Ordnung ihren besondern Dank ausgesprochen.

Die Vorgänge in Ruda und Rudahammer sind fast unrichtig. Dasselbe trifft auf die Behauptungen über Kari zu, die sich der hier Verhafteten ist um mehr als 200000 übertrieben. Unter ihnen befand sich eine große Anzahl von Deuten, die wegen bürgerlicher Delikte festgenommen wurden.

Ganz allgemein ist daran zu erinnern, daß es sich bei dem Vorgehen der Truppen um Maßnahmen gegen Aufständische handelt, die sich alle Folgen eines gewaltsamen Vorgehens zur Wiederherstellung der von ihnen gestörten Ordnung selbst zuzuschreiben haben. Wie das Verhalten der Truppen von den ruhigen Elementen der Bevölkerung beurteilt wird, geht aus den Dankesbezeugungen hervor, die die Truppe aus zahlreichen Orten, u. a. auch aus der Stadt Beuthen, erhalten hat.

Zu diesem Dementi haben wir folgendes zu bemerken: Die von uns mitgeteilten Einzelheiten waren einer ganzen Anzahl von Briefen entnommen, die unabhängig voneinander die Vorgänge in Oberschlesien noch in viel schärferer Form schilderten, als wir es wiedergegeben haben. Nachträglich sind uns noch weitere Briefe zugegangen, die über ähnliche Vorgänge berichten. Wie die Bevölkerung Oberschlesiens in ihrer Masse über das Vorgehen der Reichswehrtruppen und über die hiesige Politik im allgemeinen denkt, das wird sich bei der bevorstehenden Abstimmung ergeben. Dann wird sich auch zeigen, welcher Wert den Dankesbezeugungen beizumessen ist, die der Reichswehr zugegangen sind.

Auch wir wollen „ganz allgemein“ etwas zu diesen Vorgängen noch sagen: Wir haben immer wieder hervorgehoben, welchen Wert das ober-schlesische Industriegebiet für das deutsche Wirtschaftsleben hat. Wenn die deutsche Regierung nach der Novemberrevolution in Oberschlesien eine Politik der Verberberung konsequent bis heute durchgeführt hätte, wenn insbesondere alles geschehen wäre, um die wirtschaftliche Lage der ober-schlesischen Arbeiter zu heben, so hätte sich ohne Zweifel die ober-schlesische Bevölkerung für das Verbleiben bei Deutschland entschieden. Statt dessen ist seit der Zeit, da die rechtssozialistisch-bürgerliche Regierung besteht, alles getan worden, um die ober-schlesische Bevölkerung für das Verlassen der Polen empfänglich zu machen. Ein Ausnahmengesetz folgte dem andern; während die deutschen Nationalisten in der freien Vereinigung die demokratische Diktaturpolitik ungehindert fortsetzen konnten, wurden die Polen, die unabhängiger Sozialdemokraten und die Kommunisten mit brutaler Gewalt unterdrückt, die wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter verdrängt man mit Streikverboten und Arbeitszwang zu hemmen. Das Gegenstück dessen, was man erreichen wollte, ist eingetreten.

Oberschlesien ist ein Herd fortgekochter Vörungen geworden, die polnische Agitation fand einen so günstigen Nährboden, wie ihn die Polen sich besser gar nicht wünschen konnten, die Erbitterung der Arbeiterbevölkerung wuchs immer mehr und machte sich schließlich Anfang August in der allgemeinen Arbeitsinstellung Luft.

Selbst wenn die Regierung jetzt endlich den Willen hätte, in ihrer ober-schlesischen Politik eine Aenderung vorzunehmen, so ist zu befürchten, daß es jetzt zu spät ist. Aber leider hat sie noch nicht einmal den Willen dazu.

Noch ein zweites Dementi ist gestern über Oberschlesien verstreut worden. Danach soll es sich bei dem von uns aus der „Leipziger Volkszeitung“ abgedruckten Briefe des Hauptmanns Gall um eine plumpe Fälschung handeln, was schon daran zu erkennen sei, daß weder die angelegene Journalnummer geführt wird, noch daß die Dienststellung eines ersten Stabs-offiziers überhaupt existiert. Dazu wollen wir vorläufig folgendes feststellen: In einem offiziellen Bericht aus Gleiwitz vom 26. August, in dem die Verhandlungen der Entente-Kommission im Stabsquartier der 117. Infanterie-Division protokolliert wurden, heißt es ausdrücklich: „Gall nahm der erste Generalstabs-offizier der Division, Hauptmann Gall, das Wort.“ Vielleicht erfährt man noch, wer die Unwahrheit gesagt hat: der Offizier vom 26. August oder der Offizier vom 1. September!

Schlachtbericht aus Oberschlesien.

Wreslau, 1. September.

Das Generalkommando des 6. Armeekorps meldet: In der Nacht vom 31. August zum 1. September griffen polnische Verbände mehrere Postierungen bei Golschowitz an. Sie wurden unter Mithilfe eines Panzerzuges abgewiesen. Selbstwache

Golschowitz wurde nach Feuerbereitschaft durch Minenwerfer, die auf polnische Gebiete aufgestellt waren, von Verbänden angegriffen. Im Bahnhof Golschowitz eingebrochener Feind wurde durch Gegenstoß zurückgeworfen. Versuche von Aufzählern, die Bahnhäuser nördlich Tarnowitz, sowie Zernspred- und Lichtdrähte in Antonienhütte zu zerstören, wurden vereitelt.

Das Wüten der Ordnungsführer in Pommern.

Durch eine Eingabe der Bezirksleitung der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte im Regierungsbezirk Stralsund an den Reichswehrminister werden die Meldungen über das Wüten der Ordnungsführer während des Streiks im Kreis Franzburg wertvoll ergänzt. Nach dieser Eingabe wurden dort 15 Personen, lediglich auf Grund unwahrer Denunziationen oder weil sie Mitglieder des Deutschen Landarbeiterverbandes waren oder der S. P. D., verhaftet, ohne daß ihnen bis heute die geringste strafbare Handlung nachgewiesen worden ist. Zwei von ihnen wurden sogar während der Tarifverhandlungen im Rathaus in Stralsund festgenommen. Weiter wurden in Richtenberg 20 Arbeiter verhaftet, weil sie angeblich Streikpatrouille gegangen haben, und in Behrenwalde 13 Personen, weil sie nicht zur Arbeit gingen.

Welche Rolle das Militär im Kreis Franzburg gespielt hat, zeigt folgendes in der Eingabe wiedergegebenes Schriftstück:

Wiesbaden, den 17. Juli 1919.
Gegensätzlich: Hebertwachungsbeamter Strauch, Brodhaus, Raich und Guddischer Eggers.

Wie Untergeordnete verpflichtet sind, die Arbeit zu den alten Bedingungen sofort wieder aufzunehmen, bis zum Abschluß des neuen Tarifvertrages, da wir durch Vertreter des Generalkommandos dazu gezwungen wurden.

Folgt 14 Unterschriften ortsangehöriger Arbeiter.
gez. Brodhaus, gez. Strauch, gez. Raich, gez. Eggers.

Stempel: Gutsdorf, Kreis Franzburg.

Daraus geht klar hervor, daß die Soldaten nur im Interesse der Großgrundbesitzer handeln, auf deren Veranlassung ja auch das Militär herangezogen wurde. Darüber gibt ein mitgeteilter Brief eines Grafen Erdmann in Richtenberg an den Führer des Pommerischen Landbundes seines Kreises Aufschluß, in dem es heißt:

„Ich besprach mit meinem Inspektor die Veranlassung von Reichswehr... Nun versuche ich noch festzustellen, ob, wenn ich Reichswehr kommen ließe, sich genügend Arbeitswillige finden würden, um wenigstens die notwendigen Arbeiten zu machen.“ Und sehr treffend wird in der Eingabe dazu bemerkt:

„Also: der Graf von der Groeben, ein Privatmann, ein Staatsbürger wie jeder andere auch, bespricht mit seinen Beamten ganz ernsthaft und ausführlich, ob er Reichswehr kommen lassen soll. Etwas, wie er mit ihnen die Frage besprechen würde, ob er den Tierarzt oder den Kammerjäger kommen lassen soll.“

Zum Schluß wird die Bestrafung der schuldigen Militärpersonen und die Entschädigung der rechtswidrig verhafteten 48 Personen gefordert. Wir beglückwünschen allerdings, daß außer einem von vornherein zur Unrückbarkeit beurteilten militärischen Ermittlungsverfahren irgendwelche Schritte zur Sühnung dieser Mißgriffe erfolgen werden.

Deutsche zweiter Klasse.

Ein Reichstagsabgeordneter des Kreises Ruppin schreibt uns: „Als Deutsche zweiter Klasse behandelt werden die Bewohner des Kreises Ruppin. Entgegen dem Anfang Juli d. J. bekanntgegebenen Erlaßes des Reichsernährungsministers, nach dem der ausländische Speck das Kilo zum Kleinhandelspreis von 8 Mark vorausgesetzt werden soll, wurde der schwerarbeitenden Landbevölkerung dieses Kreises für das P. S. und Speck der erstmaligen Ausgabe am 6. August d. J. 8,95 bzw. 10,20 M. und für die zweite Sendung am 16. p. M. pro P. S. und 7,20 M. abgenommen.“

Nach gegebener Auskunft ist der Speck dem Kreise Ruppin mit 8,20 M. pro Kilo von der Brandenburgischen Provinzialstelle abgenommen worden, die Kreisleitung hingegen behauptet, den Speck auf dieses Drängen der Bevölkerung bereits im Juni dieses Jahres teuer in Holland gekauft zu haben, derselbe sei aber jetzt erst geliefert worden. Weil vor dem Erfolg des Reichsernährungsministers gekauft, sei er auch auf Anordnung dieses Ministeriums von der billigeren Ausgabe ausgeschlossen. — Ganz dasselbe System wie vor dem 9. November. Dem einen wird es genommen und dem anderen wird es gegeben, aber reichlich. —

Während die größeren Städte und die angrenzenden Kreise schon vor Monaten mit den ausländischen Fetten und Nahrungsmitteln beliefert wurden, hat der Kreis Ruppin nur Speck und etwas Fett erhalten, und zwar zu so hohen Preisen, daß jetzt geleiertes Palmöl à P. S. und 8,20 M. von vielen Gemeinden, Gutbesitzern usw. zurückgewiesen werden mußte, da die schwerarbeitende Landbevölkerung diese Preise nicht erdulden konnte. Von den anderen ausländischen Lieferungen wie Wehl, Erbsen, Bohnen, Reis usw. ist im Kreise Ruppin nichts zu merken. Nur von den hier zu Besuch weilenden Großhändlern und den Bewohnern der angrenzenden Kreise erfahren die Ruppiner etwas darüber, wie diese Sachen anderen Leuten gut kämen.

Es wäre doch den Stellen, die auf die Gütequalität bzw. Dummheit der Landarbeiter rechnen, wohl zu raten, bei sich Einsehen zu halten und diesen gemachten Fehler bzw. dieses Geschick auf irgendeine Art wieder gut zu machen, denn die Landbevölkerung des Kreises Ruppin ist durch den 9. November auch aus ihrer Selbstgarnie aufgeweckt und eventl. fähig, sich ihr Recht zu erkämpfen.“

Wir haben schon des öfteren Mogen aus den kleineren Orten über die Benachteiligung bei der Lebensmittelversorgung gegenüber den Großstädten vernommen und hatten sie zum größten Teil auch für berechtigt. Es geht daraus hervor, daß bei den Maßnahmen der Regierung in erster Linie politische Erwägungen eine Rolle spielen, während es doch ihre Aufgabe wäre, die Not des ganzen Volkes nach Möglichkeit zu mildern.

Die Schabrackhande.

Der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ersucht uns um Aufnahme folgender Stellen: Gestern, Montag vormittag 10 Uhr, wurde der Bundesvorsitzende des „Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten, Teilnehmer und Kriegshinterbliebenen“ Karl Tiedt in den Geschäftsräumen des Bundes, Brückenstraße 6a, durch Kriminalbeamte verhaftet.

Dazu wird noch geschrieben: Es wird Tiedt laut Verhaftungsbefehl Vergehen gegen § 110 vorgeworfen. Tiedt ist, obwohl Kommunist, in der Parteibewegung nicht tätig gewesen, sondern hat, vorher im Reichsbund und jetzt im Internationalen Bund, nur die Interessen der Kriegsoffer in energischer Weise wahrgenommen. Was er erstrebt, war die wirtschaftliche Sicherstellung aller derjenigen, die durch diesen unheilvollen Krieg entweder ihre Existenz, Gesundheit oder ihren Ernährer verloren haben.

Diese neue Gewaltmaßnahme gegen den Bund zeigt dem Geist dieser „sozialistischen“ Regierung. Sie scheut sich nicht, die Führer des Bundes zu verhaften, nachdem sie durch das Verbot des Bundesorgans sowie der öffentlichen Versammlungen es nicht erreichen konnte, dieser Organisation den Vorrang zu machen.

Ein Versammlungsverbot.

Heute abend sollten in Spandau mehrere Versammlungen stattfinden, die sich mit derselben Tagesordnung beschäftigen sollten, die am Montag vor acht Tagen in den Protestversammlungen in Groß-Berlin große Massen auf die Beine brachte. Während diese Versammlungen stattfinden konnten und ohne Störung verlaufen, hat das Generalkommando in Spandau die Versammlungen ohne Angabe von Gründen verboten.

Was sagt die Regierung zu dieser Art von Versammlungs-freiheit im Staate der vollendeten Demokratie?

Neupreußischer Militarismus.

Welche Differenzen zwischen Offizieren und Mannschaften bereits bei der neugeschaffenen Polizeitruppe bestehen, zeigt nachstehender Vorfall:

Bei der II. Gruppe der Sicherheitspolizei, I. Abteilung, Alexanderfabrike-Ost, wurde der Offizier Richter plötzlich entlassen. Gegen diese Entlassung wurde von dem Soldaten Brust eine Versammlung der Vertrauensleute einberufen, welche auf Befehl des Gruppenkommandeurs verboten wurde. Auf den Widerspruch des Brust wurde demselben mit Verhaftung gedroht, und diese konnte nur auf energischen Protest der Mannschaften unterbleiben. Der Kommandeur gab den Leuten bekannt, daß Richter wegen Veranlassung einer Versammlung der Vertrauensleute, die sich gegen den Terror der Offiziere wehren sollte, entlassen wurde. Als Brust unter dem Verfall der Mannschaften sich gegen diese Maßnahme wandte, wurde ihm erneut mit Verhaftung gedroht.

Interessanter wird die Sache noch dadurch, daß Brust auf Veranlassung des Unterstaatssekretärs Grefenst, Mitglied des Zentralrats, eingestuft wurde. Den besonderen Haß der Offiziere hat sich Brust durch seine bekannten Enthüllungen über den Raub des serbischen Silber-schatzes zugezogen. Aber darüber hinaus zeigt dieser Fall wieder einmal mit aller Deutlichkeit, daß die Militärs auf alle Reformen und Verbesserungen des preußischen Kommissariats pfeifen und unbedingten, stumpfen Gehorsam verlangen.

Die Erschießung der Münchener Geiseln vor Gericht.

Vor dem Volksgericht in München begann am Montag früh der Prozeß gegen die Personen, die der Erschießung der Geiseln am 30. April im Luipoldgymnasium beschuldigt sind. Hauptangeklagte sind der Kaufmann Friedrich Seidl aus Chemnitz und der Zimmermann Schilhofer aus München. Sie werden von den Rechtsanwältinnen Dr. Diecknecht aus Berlin, Dr. Bauer und Dr. Julius Löwenfeld aus München verteidigt. Neben den Hauptangeklagten sind noch 14 andere Personen in die Anklage einbezogen. Es wird ihnen zum Teil das Verbrechen des Mordes, zum Teil die Beihilfe dazu zur Last gelegt. Für die Verhandlung sind zehn Tage in Aussicht genommen. Bei der Berechnung des Angeklagten Seidl kam es zu einer kleinen erregten Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger Dr. Diecknecht, der wiederholt in das Verhör eingreifen wollte, so daß ihm zuletzt vom Vorsitzenden eine Ordnungsstrafe angedroht wurde.

Aus der französischen Partei.

Paris, 1. September.

Der gestern stattgehabte Kongreß der Sozialisten des Seinedepartements nahm eine Resolution an, in der er sich gegen ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien bei den kommenden Wahlen ausdrückt.

Eine Resolution, die die Stimmigkeit wegen des Ausschusses von vier Deputierten von der Kandidatenliste für die kommenden Kammerwahlen dem demnächst stattfindenden Nationalkongreß zur Entscheidung unterbreiten wollte, konnte nicht zur Abstimmung gelangen. Die Frage, ob die Abgeordneten, die die letzten Kriegskredite bewilligt, nicht mehr Kandidaten der Partei sein können, bleibt also offen.

Die Kohlenlieferungen an die Entente.

In den Verhandlungen mit der Entente über die zu liefernden Kohlenmengen ist jetzt ein gewisser Abschluß erzielt worden. Unter der Voraussetzung, daß mit den Kohlenlieferungen sofort und nicht erst, wie im Friedensvertrag vorgeschrieben ist, 30 Tage nach dessen Inkrafttreten begonnen werden soll, hat die Entente ihre Forderungen zunächst auf 20 Millionen Tonnen jährlich ermäßigt. Steigt die Gesamtproduktion Deutschlands über den gegenwärtigen Stand von etwa 108 Millionen Tonnen jährlich so sind von der Lieferforderung bis zu 128 Millionen Tonnen 60 Prozent, darüber hinaus 80 Prozent zu liefern, bis das Höchstmaß der in den Friedensbedingungen vorgeschriebenen Pflichtlieferung erreicht ist. Fällt die Gesamtproduktion unter 108 Millionen Tonnen, so wird die Entente die jeweilige Schlichtung nach Anbieten Deutschlands prüfen und ihre Rechnung tragen.

Es war vorauszusetzen, daß die ersten Bedingungen für die Kohlenlieferungen an die Entente nicht in ihrer ursprünglichen Härte aufrechterhalten werden würden.

Allgemeine Arbeitsruhe in Chile.

Amsterdam, 1. September.

„Times“ meldet aus Valparaiso, daß in ganz Chile als Protest gegen die Teuerung jegliche Arbeit ruht.

Freie Welt

* Heft 16 *

erscheint morgen!

Jandorf

Belle-Alliance-Strasse

Gr. Frankfurter Strasse

Brunnen-Strasse

Rottkuser Damm

(Charlottenburg)
Wilmerdorfer Str. 50

Wäsche-Ausstattungen

Billige Preise - solide und gute Qualitäten!

Bett-Wäsche

Deckbett aus gutem Wäschestoff..... 48.50
Kopfkissen dazu passend..... 14.25
Bett-Laken Halb-Leinen ca. 150/200 cm. 29.50

Wäschestoffe

Hemdentuch mittelstarke Qualität Meter 4.75
Renforce für feine Leibwäsche..... Meter 5.95
Hemdentuch mittelkräftig..... Meter 6.90

Taschentücher

Damentuch weiss oder weiss mit farbigem Hohlbaum.....Stück 95.^{rs}
Damentuch farbig, mercerisiert mit Hohlbaum..... Stück 1.95
Herrentücher Batist, farbig bedruckt.....Stück 2.45

Rein-Leinen für Hand- oder Wischtücher..... Meter 4.95

Damen-Wäsche

Facon-Hemd 18.90
aus Renforce mit breitem Stickerei-ansatz.....
Facon-Hemd 19.75
aus gutem Hemdentuch, mit Lanquetten und Hohlbaum.....
Facon-Hemd 21.50
mit Hohlbaum, Vorder- und Rückenstickerei-Ansatz.....

Leinen- und Baumwollwaren

Molton ungebleicht, etw. 120 cm br., Mtr. 5.50
Rein-Leinen ungebleicht..... Meter 7.45
Bett-Kattun bedruckt..... Meter 8.90
Tennis-Flanell hübsche Streifen..... Meter 8.90
Molton creme..... Meter 9.75
Cöper-Barchend gebleicht..... Meter 10.75
Zinfet echt künstlich rot, Riffenbreite Meter 23.50
Dachbettebreite..... Meter 34.25

Damen-Wäsche

Kniebeinkleid 14.90
Renforce mit Stickerei-Ansatz....
Kniebeinkleid 18.90
aus gutem Renforce mit Stickerei-ansatz und Wäschebördchen
Kniebeinkleid 21.50
aus prima Renforce mit breitem Stickerei-Ansatz.....

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne, Theater am Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: Der Schwarzkobold.
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Wie es euch gefällt.
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der Sohn.
Theater I. d. Königsplatz
8 Uhr: Kameraden
Mittwoch: Musik
Donnerstag: Kameraden
Komödienhaus
an der Marschallbrücke.
8 Uhr: Liselott von der Pfalz.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Die Dame im Frack
Trianon-Theater.
10, Friedrichstraße, Nr. 422, 230.
Täglich 8 Uhr
Der gute Ruf
Freitag, 4 Uhr, kleine Preise;
Mittwoch: Schneewittchen
Sonntag: Aschenbrödel.
Residenz-Theater.
Hintergeb. Klosterstraße,
Täglich 8 Uhr
Das höhere Leben
Freitag, 4 Uhr in kleinerem
Mittwoch: Rotkäppchen
Sonntag: Hansel u. Gretel.
Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich 15 Uhr:
12 Varieté-Attraktionen
I. Rang
In der Tanz-Diele
Täglich ab 6 Uhr: **Ball.**

Walhalla-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Gesetz.

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Sommernacht.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37, Tägl. 7 1/2, 8 Uhr:
Großstadt-Pflanzen
Volkstück in 3 Akten.
Vorher: „Schwarzwaldbühne“.
Operettenakt mit Viktor Litzak
von der Komischen Oper.
Bunz erkrankte Spezialitäten.
Sonntag 14 Uhr: Mädchenheute.

Wintergarten
Täglich 7 1/2 Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Kennst du das Land, wo
bide Giden stehen?
Gibt du den kleinen Spreewald
schon gesehen?
Der schönste Ausflugs-
ort im Reiche
ist
Maus Waldschloß
in Schöniche.
Tel.: Friedrichshagen 65.
Jeden Sonntag Tanz.

10
Blumenstraße
Residenz-
Lichtspiele
Moral
u. Sinnlichkeit
Sittenbild aus B. W.
5, 7, 9.

Vergnügungs-Palast

Groß-Berlin
Hasenheide 13/15
Ringer-
Wettstreit
Vorher das
Spezialitäten-Programm

Dienstag ringen:
Romanoff gegen Schwarz
Hm. Wollsch. Veridischland
Kornatz gegen Laib
Wollsch. get. Hagrad B
Barkowski gegen Naber
Luis
Sitzenzwald gegen Laube
Deutsch. Neutarringer
Beginn des Konzerts 4 Uhr,
der Vorstellung 6 Uhr, der
Kampfe 9 Uhr, Sonn-
tag 1 Stunde früher.
Dienstag, Donnerstag und
Sonntag
Großer Ball.
Bei Regenwetter Schutz-
für 2000 Personen.

Cigarren
Cigaretten
Tabak
Kantabak
Billigste Bezugsquelle
f. Restaurants u. Wiederver-
käufer. Bernhard B. rnbann,
Berlin N. 4, Invalidenstr. 161
(Laden), Tel. Nord. 355.

Sport-Palast-Lichtspiele

Potsdamer Straße 79-72a
Hohbahn Bülow-
straße
Die von
der Liebe
leben
mit
Esther
Carena.
Eröffnung Freitag.
Vorverkauf von 10-2 an den Theaterkassen.

Kronen - Brücken - Plomben
Zähne in 1 Tag
Berücksichtigung aller Wünsche. Dir. Koppe's
Spezial-Institut für mod. Zahnersatz
Mogdeburger Str. 20, Ecke Lützowstr., Kurf. 1230.
Alexandersstraße 14b, Konigsstraße. 49.

Fortuna-
Lichtspiele + Müllerstr. 12 c
Die Kameliendame
Drama in 5 Akten mit
Klara Kimball Young,
erste amerikanische Schauspielerin.
Die Rache ist mein
Lebensbild in 4 Akten mit
Alwin Neuss.
!!! Erstaufführung für Wedding !!!
Täglich 5 und 8 Uhr

Zähne in Gold u. Kautschuk Goldkronen, Brücken
Beste Ausführung, Mäßige Preise.
Zahnpraxis Löser
Frasenstraße 165
(Nähe Invalidenstr. Platz)

Wer preiswert, gut und schnell
bauen will,
überfrage Bauausführungen jeder Art
(Wohn-, Rentenhaus, Siedlungen, Fabri-
ken usw.) zur sachgemäßen
Erfeldigung der
Heimatscholle
Berlin C. 2
Bismarckstr. 22, Telefon 8552

Strassenhändler!

Die
Freie Welt
Heft 16
gelangt heute nachmittag zur
Ausgabe

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“
Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

Zahngebisse bis 375 M.
Platinlattenzahn bis 15 M., gewöhnliche Platinzahn
bis 11 M., Gold, Silber, Mützen, Platin, Kunst
Knuth, Zionskirchstraße 54
nur bis 8. September.
Kaiser verleihe die Gelegenheit, nur durch Massenanfertigung
und diese Preise möglich.

Spezial-Arzt für Haut-, Horn- und Fingernagel-
Lenden, Salvarsan-Krankh.,
und Blutsvergiftungen, Damen- und Herren-Arzt.
Erste und Beste Heil-Anstalt Löser
Dr. Löser
nar Rosenthaler Str. 69-70, 1. u. 2. Stock

Heilanstalt für Frauenkrankheiten
Leitender Arzt Dr. med. H. Lammert
Bismarckstr. 185, zwis. Rosenthaler Platz u. Invalidenstr.
Künstliche Zahnzahn. Zahnärztliche, Teilweise
Alte Gebisse bis 375 M.
Platinlattenzahn bis 15 M., gewöhnliche Platinzahn
bis 11 M., Mützen, Platin, Gold, Silber, Kunst
Frau Linke, Bücherstraße 40.

BALLSCHMIEDERS

Badstr. 16 Varieté-Garten Badstr. 16
Täglich 8,30 Uhr
Grosser internationaler
Ringer-Wettstreit
am das
Schwarz-Dpt-Goldene Meisterschaftsband und
Geldpreise im Gesamtbetrage von Mk. 10 000
Vorher das grosse Varieté-Programm

Schlafzimmer,
Speisezimmer, evtl. ganze Ein-
richtung zu kaufen gesucht.
Blick, Zionskirchstr. 1.
100
Einzelmöbel
Kleiderschränke, Vertikows,
Bettstellen, Spiegel, Flur-
garderoben usw. usw. in
großer Auswahl zu bekannt
billigen Preisen.
Stolzmann,
Belle-Alliancestr. 100
Auf Wunsch
Zahngarlichterung
100

Die Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre der U. S. D. lehnen die Wahlordnung des Zentralrats ab.

Die Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre der U. S. D. haben in ihrer gestrigen Versammlung in den Sophienhöfen einstimmig beschlossen, sich an den Wahlen des Zentralrats nicht zu beteiligen. Sie haben damit für die Wahl-Verliner Arbeiterschaft die klare, unabweisliche Parole ausgesprochen und jeder Verwirrung vorgebeugt. Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß sie festhalten an ihrem selbstgeschaffenen Organisationsaufbau des Räteystems und daß sie gewillt sind, zu seiner Durchsetzung in den Kampf zu treten. Von dem Zentralrat, dessen Vorgehen nach der neuen Verfassung ja auch ungesetzlich ist, ist mit seinem sozialistischen Anhang kein Kampf gegen die Regierung zu erwarten. Die Aktion des Zentralrats kann also nur Korrumpierungsabsichten entkräften. Das haben die Arbeiterräte erkannt und ihre Taktik danach eingeleitet. Wir geben den Verlauf der Versammlung in folgendem kurz wieder:

Genosse Däumig hielt das einleitende Referat. Er betonte, daß nicht so notwendig sei, als ruhiges Liebermanns der Situation. Soweit es sich um die Weiterentwicklung des Räte-systems handelte, bestche zur Zeit eine heillose Verwirrung, welche sofort beseitigt werden müsse. Auf der einen Seite da revolutionäre Räteystem, das sich die Aufgabe gestellt habe, die soziale Revolution weiterzuführen. Als weiterer Faktor das Räteystem der Regierung, welches die Betriebe zu harmonischen Räteystem herabwürdigte. Däumig schilderte in eingehender Weise den Gesandtschaftsbericht der Regierung mit seinem nichttragenden Inhalt und seinen leeren Versprechungen für die Betriebsräte. Er wies darauf hin, daß die sozialistischen mit ihrer Propaganda dieses Entwurfes den Arbeiter Spielraum hätten, da ihnen ja genügende Mittel zur Verfügung ständen. Als drittes Moment komme hinzu die Wahlordnung des Zentralrats. Däumig erklärte die Wahlordnung für eine Spottgeburt des zweiten Räte-systems, dem jedes revolutionäre Blut fehle. Von der Wirklichkeit der Arbeiterräte enthalte er kein Wort. Es sei ausdrücklich gesagt, daß die Brücke zwischen dem gegenwärtigen und dem neuen verfassungsmäßigen Zustand; das erzeuge eine hollöcherige Kluft. Diese Wahlen werden nach dem Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes überflüssig, da weder der Zentralrat noch die sozialistischen gewählt sind, den Kampf gegen die Regierung zu führen. Däumig erklärte: wir lassen die Hand an diesen Zentralratswahlen, wir wollen keine Wahlkampfmandate, wir müssen den Arbeitern reinen Wein eintränken über die Absichten. Das ist keine Wohltätigkeit, keine Barmherzigkeit, sondern die einzig mögliche Politik, wie sie uns die neue Situation aufzwingt. (Sehr laute Beifälle.)

Die Diskussion verlief in ruhiger Sachlichkeit. Die Genossen Hallup und Olschendorf sprachen sich für die Beteiligung an den Wahlen aus. Ersterer, weil man jede Gelegenheit benützen müsse, um die eigenen Ziele durchzusetzen, der letztere, weil er der Massen für einen Kampf nicht sicher sei. Die Genossen Stahberg, Eichler und Matzahn traten entgegen für die Ablehnung ein, und zwar aus Gründen der Freiheit und Selbständigkeit und des Festhaltens an dem selbstgeschaffenen Aufbau. Genosse Däumig sprach sich in seinem Eingangsreferat auch dafür aus, daß man alle Möglichkeiten im revolutionären Sinne auszunutzen. Man habe sich aber nun auf das bestimmte System festgelegt und müsse dieses System auch zum Durchbruch bringen. Genosse Däumig, wie auch alle Redner, die sich für die Wahlbeteiligung aussprachen, hatten den besten Willen zur Versammlung. Die Abstimmung hatte dann das oben bereits mitgeteilte Ergebnis.

Es wurde dann noch die Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete behandelt. Wir werden diese Frage bei der Berichterstattung über die nächste Vollversammlung ausführlicher behandeln.

Gewerkschaftliches.

Wels aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

Dem in Leipzig abgehaltenen Verbandstag der Tapezierer lag ein Antrag des Berliner Ostvereins auf Ausschluß des Mitgliedes Wels vor. Wels wurde beschuldigt, daß er als Kammerherr von Berlin an den blutigen Ereignissen am 8. und 24. Dezember unschuldig sei. Mit 20 gegen 10 Stimmen beschloß der Verbandstag den Ausschluß Wels aus der Gewerkschaft, er wird nicht mehr für würdig erachtet, Mitglied des Verbandes zu sein. Herr Wels in seiner Unschuldigkeit wird sich aus dem Beschluß des Verbandstages nicht aufregen lassen. Es wird ihm genügen, daß der Parteitag der Reichssozialisten ihn zum Vorsitzenden seiner Partei gemacht hat und er wird dort sein Licht leuchten lassen, so lange es geht. Daß die Reichssozialisten ausgerechnet zu einem Wels als Vorsitzenden greifen wollten, ist auch ein Zeichen für den Zerfall dieser Partei.

Zum Streit im chemischen Großhandel.

Am Mittwoch soll ein Schiedsgericht für die Angestelltenfragen im Reichsbankwesen zusammengetreten, und am Donnerstag wird ebenfalls ein Schiedsgericht über die Forderungen der Arbeiter einberufen. Das Bureau der Zentralstreikleitung befindet sich von jetzt ab im Königsplatz-Kasino, Holzmarktstraße 72, Ecke Alexanderstraße. Telefon: Alexander 424. Die Vertrauensleute bzw. Streikleiter der Unterstreikbureaus melden sofort an obige Adresse Lokal- und Telefonnummern der Unterstreikbureaus.

Um das Räteystem.

Die Hand- und Kopfarbeiter der Schultze & Co. Betriebe in Berlin führten am Freitag abend im Wintergarten der Schultze & Co. Fabrik eine in der ersten Versammlung abgebrochene Diskussion über Demokratie und Diktatur zu Ende. Die Diskussionen lagen vor. Eine vom Korrespondenten Genossen Wels begründete sprach sich für das Räteystem als hauptsächlichstes Mittel im sozialen Freiheitskampf aus. Die der U. S. D. und das ist eigentümlich, hält auch den Ausbau der Räte als Wege für eine zwingende Notwendigkeit. Man drehte sich die Diskussion. In vollständiger Verkennung der Tatsachen lehnten es verschiedene Diskussionsredner ab, in

Vertriebsvereinigungen Politik zu treiben. Genosse Deinks wies treffend nach, daß es eine Unmöglichkeit ist, wirtschaftliche und soziale Forderungen durchzusetzen, ohne bestimmenden Einfluß auf die Politik auszuüben. Der Referent, Vorwärtsredakteur Barth, gab sich alle Mühe, die Versammlung zu überzeugen, die Diktatur der Mitte, mit Hilfe sozialgeschlossener Kollaborate, sei für die Regierung und ihre Anhänger eine Notwendigkeit. Bei der Abstimmung, die wiederholt werden mußte, konnte ein genaues Resultat nicht festgestellt werden, da die Majorität zweifelhaft blieb.

Zu dem Tarifverträge der technischen Angestellten der Stadt Berlin nahm eine vom Bund der technischen Angestellten und Beamten einberufene, äußerst stark besuchte Versammlung im Margarethen-Palast am Montag die Versammlung erklärte nach einem Referat des Bundesrates. In Goendeler und einer lebhaften Aussprache trotz mancher Bedenken ihre Zustimmung zu dem mit der Tarifkommission des Magistrates beratenen Tarifverträge, stellten aber mit außerordentlichem Bedauern fest, daß der Vertrag noch immer nicht die Zustimmung der städtischen Körperschaften gefunden hat. Die Tarifverhandlungen hatten bereits am 31. Mai begonnen und sind am 6. Juli beendet worden. Seit diesem Zeitpunkt sind 2 Monate vergangen. Die Versammlung war der Ansicht, daß die Feststellung des finanziellen Ergebnisses des Tarifvertrages, die von den Verwaltungsstellen gemäß einer Magistratsverfügung „schleunigst“ vorgenommen werden sollte, nicht eine derartige Verzögerung des Abschlusses des Tarifvertrages rechtfertigt. Sie erwartet nunmehr mit aller Bestimmtheit, daß der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung umgeben dem Tarifverträge ihre Zustimmung geben. Ferner wandte sich die Versammlung nach einem Referat des Stadtverordneten Pfeiffer und des Kollegen Tombrint gegen die Zurücksetzung der Techniker gegenüber den Verwaltungsbeamten bei der kommenden Beförderungsreform. Es müßte endlich dafür gesorgt werden, daß die technische Arbeit besser als im allen Deutschland eingeschätzt wird.

In einer Versammlung der Metallarbeiter berückte der Branchenleiter Badjanz am Sonntag vormittag über den erfolgten Schiedspruch über die Versammlung ablehnend gegenüberstand. Große Unzufriedenheit rief die Zuteilung der in Betracht kommenden Arbeiterkategorien zu den bekannten fünf Klassen hervor. So wird z. B. ein rechts und links ausgebildeter Zuschläger zur vierten Klasse gestellt. Die ganze Einteilung sei wieder eine einseitige Bevorzugung der Intelligenz gegen die wirklich geleistete Arbeit. Die Verhandlungskommission wurde daher beauftragt, die Wahlen vom 2. Juni zu vertreten. Dann wurde Barth als Schriftführer und vier neue Branchenkommissionsmitglieder gewählt. Freiburger wurde wegen Untertreue seines Amtes entlassen. Einstimmig wurde beschlossen, den politischen Gefangenen aus der Brandenburger 300 Mark zuzuwenden.

Arbeiter und Angestellte der Firma Rudolf Moske. Heute Dienstag findet im Betriebe die Neuwahl des Arbeiterrates statt. Alle Angestellten, auch die außerhalb des Betriebes beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, also auch die Rettungsauditorinnen, werden dringend ersucht, sich zur Wahl im Betriebe einzufinden. Die Wahlzeit erstreckt sich von 9 Uhr vormittags bis 12 1/2 Uhr nachts. — Die U. S. D. hat bekanntlich mit den bürgerlichen Demokraten eine gemeinschaftliche Liste aufgestellt. Die Liste der U. S. D. (Liste 1) beginnt mit dem Namen Katternie.

Groß-Berlin.

Der Steuerzettel.

Später als sonst ist diesmal der Steuerzettel den Steuerzahlern zugestellt worden. Der Grund ist in der Anwendung der neuen Steuerebenen zu suchen, die es zuließ, Einkommen bis 1500 Mark von der Gemeindesteuer freizulassen mit Ermäßigungen bis 3000 Mark abwärts. Der Inhalt des Steuerzettels hat überall große Verwunderung ausgelöst, da 300 Prozent Gemeindesteuerzuschlag einen ansehnlichen Betrag ausmachen. Und da bereits zwei Quartale fällig sind, so bedeutet die Steuerfälligkeit ein kleines Vermögen.

In Zuschriften an uns wird die ungleiche Veranlagung getadelt. Beamte versteuern infolge des Steuerprivilegs nur einen Teil ihres Einkommens und genießen auch Steuerfreiheit für die Teuerungszulagen, während Privatangehörige ihre Teuerungszulagen versteuern müssen. Nun sind die Beamten natürlich auch nicht auf Rosen gebettet; allein in steuerlicher Hinsicht wird das Steuerprivileg der Beamten nirgends begriffen. Die Arbeiter, die in Form ihres Lohnes den Teuerungszuschlag erhalten, müssen jeden Pfennig versteuern, was auch für die Privatangestellten gilt. Es ist eine alte Forderung, daß das Steuerprivileg der Beamten fortzufallen muß, zumal sie heute in politischer Beziehung allen andern Einwohnern gleichgestellt sind. Es gibt Beamtenorganisationen, die selber die Befreiung des Steuerprivilegs fordern. Wir sind der Auffassung, daß steuerlich jeder nach seinen Kräften heranzuziehen ist und daß Vergünstigungen nur noch der sozialen Lage gewährt werden müssen und nicht danach, ob jemand Arbeiter, Angestellter oder Beamter ist.

Siedlungswesen! — Nur Arbeit kann uns retten!

Uns wird berichtet: Wer je den Menschenstrom gesehen hat, der sich z. B. auf den Stationen Mahlsdorf und Fehrborsdorf der Strausberger Vorortstraße aus den Nachmittagszügen erhebt, der erhält einen Eindruck von der ungeheuren Wichtigkeit einer halbwegs einflussreichen Verbindung dieser Ortschaften mit Berlin. Das Gegenteil ist der Fall. Verspätungen von 1/2 bis 1 Stunde sind obligatorisch fast für jeden Zug. Als Beispiel: Mittwoch (27. 8.): 3.45 nachm. ab Schlef. Wf. 18 statt 4.20 erst 5.30 in Fehrborsdorf, Donnerstag derselbe Zug erst 5.35 in Fehrborsdorf, der Zug ab Fehrborsdorf morgens 7.00 statt um 7.30 erst 8.00 in Berlin und das sind nur die von mir benutzten Züge!

Ich habe, bei den Eisenbahnbehörden auf Beschwerden nicht reagieren, mich vor drei Wochen an den Reichsarbeitsminister gewandt. Habe ihm die Zustände dargestellt, ihm vorgeschrieben, wie durch diese unerhörte Schlamperci monatlich Hunderttausende von kostbaren Arbeitsstunden sinnlos vergeudet werden, bisher keine Antwort, nur noch weitere Verschleppung! Ich habe ihm praktische Vorschläge gemacht. Habe darauf hingewiesen, welche ein Anzug darin liegt: Wenn die zwischen 6 und 17 morgens fälligen Fernzüge aus dem Osten um 7 Uhr nach nicht in Strausberg sind, muß der Vorortzug, der 1200 bis 1500 Menschen nach Berlin zu befördern hat, solange warten, bis diese Züge glatt um 1/2 oder 1/4 endlich durchkommen, und dann endlich darf der Proletenzug beschreiben hinterher schleichen! Habe vorgeschrieben, daß 1200 x 1/2 Stunde = 600 Arbeitsstunden für diesen einen Zug ausmachen, daß es aber für das Wirt-

schaftsleben Berlins völlig ohne Belang ist, wenn die Fernzüge, die sich von 8 Stunden Verspätung haben, nun auch noch die zehn Minuten länger warten. Bis der Vorortzug abgegangen; habe vorgeschlagen, die Vorortzüge also vor die Fernzüge rangieren zu lassen, bisher kein Erfolg! Ist ja auch so viel bequemer, in Aufzügen usw. die Arbeiterschaft zu mahnen: „Nur Arbeit kann uns retten!“ und in der Praxis es ihnen unmöglich zu machen, an ihre Arbeitsstätte zu gelangen.

Vollversammlung der Arbeiterräte!

Am Mittwoch, den 3. September, nachmittags 8 Uhr, findet in den Sophienhöfen, Sophienstraße 18, eine Vollversammlung der Arbeiterräte und der kommunalen Arbeiterräte statt.

Tagesordnung:

- 1. Stellungnahme zu der vom Zentralrat ausgeführten Neuwahl der Arbeiterräte.
2. Stellungnahme zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich.

Richard Müller Fritz Rasch

Auf die Straße gesetzt.

Nach den zahlreichen Verordnungen, die zum Schutze der Mieter erlassen worden sind, darf belästigt kein Mieter auf seiner Wohnung ausgewiesen werden, wenn er nicht eine andere Unterkunft besitzt. Trotz dieser allseits bekannten Tatsache werden mieterlose Hausbesitzer und -verwalter unbesorgene Mieter mit Gewalt aus dem Hause zu entfernen.

In dieser Hinsicht scheint der Verwalter des Hauses Welterstraße 124, das der Deutschen Grundbesitz, Terrain- und Immobilien-Vermittlungs-Gesellschaft m. B. G. gehört, ein recht energischer Herr zu sein. Zum 1. September kündigte er einem Mieter die von diesem genutzte Räume. Da diese Kündigung ungesetzlich war, nahm der betroffene Mieter keine Notiz davon. Das Mietvertragsamt beauftragte ihn noch ausdrücklich die Ungesetzlichkeit der Kündigung. Wie erkannte war er, als er am 1. September, in seine Wohnung zurückkehrte, seine Schlüssel auf dem Treppentritt vorand. Der Portier hatte die Kündung der Wohnung höchst eigenhändig vorgenommen und das Zimmer abgeschlossen. Der so plötzlich obdachlos gewordene Mieter wandte sich sofort an das nächste Polizeiviertel um Schutz und Hilfe. Die Polizeibehörde beschränkte sich indessen darauf, einem Kriminalbeamten den Auftrag zu erteilen, den Vermieter auf das Ungesetzliche seiner Handlungsweise aufmerksam zu machen. Als wenn der es ohnehin nicht wußte! Auf eine Beschwerde des Mieters auf dem Polizeipräsidium erhielt er die lakonische Antwort: Da könne man weiter nichts machen. Ein tüchtigere Armutszeugnis konnte die Polizeibehörde sich wohl nicht ausstellen.

Eine selbstverständliche Pflicht des Mietvertragsamtes ist es, hier sofort einzugreifen und die von dem Vermieter eigenmächtig vorgenommene Emission, die allen Verordnungen in der Wohnungsfrage widerspricht, schleunigst rückgängig zu machen.

Polizeibeamte als Streifbrecher.

Die Streikenden im chemischen Großhandel werden an den Ausübung des Streikpostens durch die Schuhmannschaft in außerordentlicher Weise behindert. Die Schuhleute machen es beispielsweise bei den Angestellten der Dage & Co. den Streikposten unmöglich, auf dem Hauptplatz, dem Sammelpunkt der Arbeitswilligen, mit diesen in Verbindung zu treten. Ferner haben bei derselben Firma Schuhleute die Streikenden zur Seite gedrängt und die Arbeitswilligen in die Betriebe geführt. Die Schuhleute haben sogar geladene Wagen auf den Hof und vom Hof schieben lassen und sich hier also als Hilfskräfte des Unternehmertums aufgeführt. Auch bei den Firmen Teichgräber und Kuntor chemischer Präparate sind die Streikenden in der Ausübung ihrer geschäftlichen Rechte durch die Schuhmannschaft behindert worden. Dagegen muß energigester Protest erhoben werden. Der Polizeipräsident sowohl als auch die vorgefetzten Behörden der Reichswehrtruppen sind von der Streikleitung ersucht worden, die ihnen unterstellten Mannschaften in ihrer Schranken zurückzuweisen. Die Streikenden werden sich durch keinerlei Provokation beirren lassen und ihren gerechten Kampf bis zum Erfolg durchzuführen. Am Mittwoch früh 9 Uhr tritt der Schlichtungsausschuss im Reichsarbeitsministerium zusammen. Die Vertrauensleute erhalten ihre Informationen auf dem Zentralstreikbureau, Königsplatz-Kasino, Holzmarktstr. 72, Telefon Alexander 424. Dorthin sind auch alle Verstöße seitens der Sicherheitsorgane zu melden.

100 000 Mark aus dem Demobilisationsamt gestohlen.

In der Nacht zum Sonntag ist das Demobilisationsamt das im Hause Hedemannstraße 7 große Räume inne hat, von Einbrechern heimgesucht worden. Der Geldschrank im Kassenlokal ist erbrochen und seines Inhalts von rund 100 000 Mark beraubt worden.

Dieser Einbruch kam erst am gestrigen Montag früh zur Kenntnis der Verwaltung, als die Angestellten in den Geschäftsräumen erschienen. Das Geld war erst am Sonnabend für die Gehaltszahlung des Personals am 1. September von der Bank geholt worden. Die Diebe müssen davon Kenntnis gehabt haben und auch mit der Dertlichkeit sehr genau vertraut gewesen sein, denn auch die Wächter haben von dem Vorgang nichts wahrgenommen. Die Kriminalpolizei hat eine Verhaftung der Verdächtigen vorgenommen, bestimmte Anhaltspunkte, die zur Entdeckung der Diebe führen können, konnten jedoch nicht festgestellt werden.

Tarifserhöhung auch bei der Städtischen Straßenbahn. Die Städtischen Straßenbahnen werden vom 2. d. M. ab ihren Fahrpreis ebenso wie die Große Berliner Straßenbahn auf 20 Pf. für die Einzelfahrt erhöhen.

Freie Nachschulungsgemeinde für Proletarier. Das Bureau befindet sich ab 2. September vorläufig Schützenstraße 82 Hof part. 2. Der Erpressungsversuch an Gerbersberg. Die durch Wolffs Bureau verbreitete Meldung, wonach der festgenommene Chauffeur Demmann fünf Personen als Täter in der Erpressungsaffäre Gerbersberg bezeichnet hätte, wird jetzt widerlegt, da die genannten Karl Siegel und Wilhelm Koch an der Ausführung der Tat nach den Ermittlungen völlig uneteiligt sind.

Der Turnverein „Nacht“ hielt am 31. August das Wanderversammlungssturnen auf dem Spielplatz an der Schönhauser Allee (Einsame Pappel) bei einer Teilnehmerzahl von 1000 Turnern und Turnerinnen ab. Auf seinem gemeinsamen Treffpunkt am Ballplatz fand sich eine stattliche Zahl ein, um im geschlossenen Zuge durch den Norden Berlins nach dem Spielplatz zu gelangen. Die Leistungen, die mit denen im ganzen Reich zusammengestellt werden, ergaben gute Resultate. Nachstehend die ersten jeder Gruppe: Staketen: Männer 8000 Meter mit beständigem Wechsel 17. Abtg. 6.30.4 Min., Frauen 6x100 Meter 2. Abtg. 1.18.4 Min., Jugendl. 5x100 Meter 4. Abtg. 1.00 Min., Anaben 5x100 Meter 12. Abtg. 1.10 Min., Mädchen 5x100 Meter 4. Abtg. 1.21.4 Min., Anaben 10x100 Meter Gasse 2. Abtg. 2.50 Min., Mädchen 10x100 Meter Gasse 6. Abtg. 2.52.1 Min. — Steinbohen: Oberstufe Starta (L. R. A.) 8.16 Meter, Angellshoh: Mittelstufe Wätner (R. R. A.) 10.95 Meter, Unterstufe Krause (R. R. A.) 20.70 Meter, Altersriege Rißsch (R. R. A.) 0.45 Meter. — Turnerinnen: Für (L. R. A.) und

Land (2. Fr.-K.) 15,90 Meter. — Dreifprung: Oberstufe ...

Lebensmittelfeinder.

Berlin. Infolge des durch die warme Witterung der letzten Tage ...

Bekanntmachung

betreffend den Erfolg für einen verstorbenen Abgeordneten ...

Bekanntmachung

betreffend Erfolg für einen ausgeschiedenen Stadtverordneten ...

Achtung!

Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen der Pulverfabrik ...

Achtung!

Bei der Kassenverwaltung der Pulverfabrik ...

Nervenschwäche, Dr. Gebhard & Co., Potsdamer Str. 104b.

An Amateure und Fachphotographen!

Achtung! Restaurateur! Cigarren-Cigarettenhaus M. Klein & Co.

Spiralbohrer, Sealmann, Wolfbuchs, Kreuzfuchs.

Aus den Organisationen.

Zweiter Kreis, 5. u. 6. Abteilung, Mittwoch abend 7 Uhr ...

Bereinstander.

R. V. T. Arbeiter-Räte, Deute Fraktionsführung, Stellungnahme ...

Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Am Dienstag, den 2. Septbr., abends 6 Uhr im Lokal von Schulz, Elisabethstraße 30 ...

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie.

Dienstag, den 2. September 7 Uhr, Sophienstraße, Sophienstraße ...

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Rahlsielle Berlin, Bureau: Berlin S.O. 16, Kungestr. 33 ...

Vertrauensmänner-Berathungen.

Stück- und Peitschenarbeiter: Die Berathung findet am Mittwoch ...

Zentralverband der Handlungsgesellschaften.

Öffentliche Versammlung am Mittwoch, den 3. Sept abends 8 Uhr ...

U. S. P. Neufölln.

Mittwoch, den 3. 9. 19, abends 6 1/2 Uhr, in Altem Hofe, Grolschstr. 13 ...

Lichtenberg.

Mittwoch, den 3. September, abends 7 Uhr, Café Beckers, Gausstraße 2 ...

Öffentliche Versammlung.

Berichtigung der freien Mitarbeiter über den Bericht des ...

mittags 4 1/2 Uhr Vorkonferenz zur Generalfeststellung ...

Zentralverband der Handlungsgesellschaften, Bezirk Ober ...

Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Dienstag abend ...

Verband der Gutmacher, Linienbranche, Versammlung ...

Verband der technischen Angestellten und Beamten, Mittwoch abend ...

Hauptgeschäftsführer Meteschol, Mittwoch vormittag 11 Uhr ...

Jahres- und Arbeitsbesuch u. Hinterbliebenen, Norden ...

Inf. Bund der Arbeiter, Ortsgruppe, heute, Dienstag, abends 7 Uhr ...

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter, heute, Dienstag, abends 7 Uhr ...

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter, heute, Dienstag, abends 7 Uhr ...

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter, heute, Dienstag, abends 7 Uhr ...

Richard Treptow, 562, Berlin, 6. Abt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungssitz Berlin, Nachruf.

Emil Kempf, 19, am 27. v. M. an Rückenmark ...

Paul Rothbart, 19, am 27. v. M. an Rückenmark ...

Friedrich Heinicke, 19, am 27. v. M. an Rückenmark ...

Hermann Hauptmann, 19, am 27. v. M. an Rückenmark ...

Josef Wasewitz, 19, am 27. v. M. an Rückenmark ...

Marie Voigt geb. Groß, 19, am 27. v. M. an Rückenmark ...

Erich, 19, am 27. v. M. an Rückenmark ...

Maria Schütze geb. Myhack, 19, am 27. v. M. an Rückenmark ...

U. S. P. Neufölln, 4. Bezirk, 19, am 27. v. M. an Rückenmark ...

W. K. C., 19, am 27. v. M. an Rückenmark ...

Die Beleidigung, 19, am 27. v. M. an Rückenmark ...

Amerik. Zigarren, 19, am 27. v. M. an Rückenmark ...

Größer, 19, am 27. v. M. an Rückenmark ...